



Ina Latendorf, MdB

Mitglied des Deutschen Bundestages
Agrarpolitische Sprecherin der Fraktion
DIE LINKE im Bundestag

Pressemitteilung

Widersprüche in der Bundesregierung erneut greifbar: Einerseits BIO wollen – andererseits kein Kontra bei Glyphosat.

Berlin, 17.11.2023

Bezug:

Anlagen:

Ina Latendorf, MdB

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Büro: Jakob-Kaiser-Haus

Raum: 1.823

Telefon: +49 30 227-73164

E-Mail : ina.latendorf@bundestag.de

Funktionen:

Agrarpolitische Sprecherin der
Fraktion DIE LINKE

Mitglied im Ausschuss für Ernährung
und Landwirtschaft

Mitglied im Petitionsausschuss

Wahlkreisbüro

Dr. Felix Baumert

Domstr. 5

18273 Güstrow

0151 7017 1157

ina.latendorf.ma03@bundestag.de

„Deutlicher kann der Zwiespalt der Bundesregierung nicht zu Tage treten als bei den gestrigen Schlagzeilen im Bereich Ernährung und Landwirtschaft“, erklärt Ina Latendorf, agrarpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE im Bundestag. „Einerseits kommt Minister Özdemir mit einer Bio-Strategie um die Ecke, andererseits schafft es Deutschland nicht, im EU-Berufungsausschuss ‚nein‘ zu sagen, wenn es um die Glyphosat-Zulassungsverlängerung geht.“

Die Obfrau der LINKEN im Agrarausschuss erläutert:

„Während die Bio-Strategie kaum den Namen verdient, weil sie als Marketing-Gag an den Bedürfnissen der Bevölkerung vorbei geht, gibt es kein laut und deutliches Kontra bei Glyphosat. Die Bundesregierung ist in der Pflicht, ihren Einfluss in Brüssel viel deutlicher als bisher für ein Verbot von Glyphosat geltend zu machen. Die Enthaltung im EU-Berufungsausschuss entspricht nicht ihrem Nachhaltigkeitsauftrag. Sie hat zudem ihren eigenen Koalitionsvertrag unterlaufen. Darüber hinaus wären nun auch rechtliche Schritte zu prüfen, wie auf nationaler oder bilateraler Ebene ein Glyphosat-Totalverbot zustande kommen kann.“

Ina Latendorf abschließend: „Ich fordere die Bundesregierung erneut dazu auf, ihr Agieren zu überdenken und alles daran zu setzen, einen wirksamen Schutz der Gesundheit der Menschen und unserer gefährdeten Ökosysteme für die gesamte Landwirtschaft in der EU zu erreichen.“